

## Öffentlicher Neujahrsempfang der Ortschaft Ailingen am 12. Januar 2007

Viel Glück und viel Segen,  
auf all Ihr'nen Wegen,  
Gesundheit und Frohsinn  
sei auch mit dabei!

Liebe Gäste,

mit diesem Gruß und Wunsch möchte ich den diesjährigen Neujahrsempfang der Ortschaft Ailingen einleiten und Ihnen so „Ein gutes Neues!“ wünschen.

Ich grüße Sie alle sehr herzlich, die Oilinger, die Berger, die Lottenweiler, die Unterraderacher, die Ittenhausener, die Bunkhofener, die Wiggerhausener und alle von unseren Höfen und freue mich, dass Sie mit dem Besuch dieses Neujahrsempfangs im Gemeindehaus Berg Ihre Bürgerschaft bezeugen.

Wenn man nach dem Böller- und Raketenaufkommen hierzulande einen Rückschluss ziehen möchte, so muss das Verlangen groß gewesen sein, mit Krach und Rauch das alte Jahr zu vertreiben und das Neue Jahr freudig zu begrüßen. Tatsächlich scheint sich die Last einer kränkenden Konjunktur und seine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Auftragslage von unserem Land gelöst zu haben und lässt uns die kommende Zeit mit Zuversicht angehen. Doch eine gesunde Wirtschaft ist nicht alles. Ist damit auch das Land gesund oder seine Menschen? Sind wir zufriedener geworden? Davon werden wir nachher etwas mehr hören.

Lassen Sie mich aber zunächst unsere Ehrengäste begrüßen.

Als Referenten habe ich heute Herrn Erich Stutzer eingeladen, Leiter der Familienforschung Baden-Württemberg. Das Thema der Förderung von Familie und Kind zieht sich mittlerweile quer durch Politik und Medien. Dem Staat und der Wirtschaft schwindet mit dem Kinderschwund die Grundlage weg. Können wir das noch aufhalten, und wenn ja wie? Wir freuen uns auf Ihren Vortrag und danken Ihnen und Ihnen Frau Stutzer für Ihr Kommen.

Als Vertreter der Stadt ist heute Herr Bürgermeister Hauswald unter uns. Mittlerweile ausgestattet mit einem größeren Dezernat und dementsprechenden Wirkungskreis, ist er uns wichtiger denn je. Seien Sie deshalb bei uns herzlich willkommen.

Mit einem erneuten Mandat bei den Wahlen im vergangenen Jahr sind die beiden nächsten Gäste, Herr Bürgermeister Edwin Weiß und Herr Erster Bürgermeister Rainer Kapellen versehen worden, dazu gratulieren wir nachträglich. Diese beiden Bürgermeister zeichnet aber auch aus, dass sie das Thema „Familienfreundlichkeit“ hier in Ailingen als deren Ortsvorsteher begonnen und etabliert haben, also viele Jahre vor der aktuellen Diskussion. Seien Sie beide in ihrer früheren Heimatgemeinde herzlich willkommen.

Einen Gast haben wir, der im vergangenen Jahr ein großes Jubiläum feierte in einer Räumlichkeit und mit Gästen, die illustrieren nicht hätten sein können. Heute feiert er bei uns den Beginn des neuen Jahres, seien sie herzlich begrüßt, Herr Bürgermeister a.D. Rudolf Landwehr.

Der Riege der Bürgermeister reiht sich die der Ortsvorsteher an. Derzeit sind wir ja besonders gefordert. Ein Zusammenstehen und Zusammenarbeiten ist deshalb wichtig und praktizieren

wir im bester Weise. Dies zeigen sie auch mit ihrer Anwesenheit heute. Meine lieben Kollegen Ortsvorsteher Asbahr aus Kluftern und Ortsvorsteher Bieser aus Raderach mit ihren Frauen gekommen, Euch ein herzliches Grüßgott.

Ich freue mich auch sehr, dass unsere Kirchengemeinden die Verbindung zu der politischen Gemeinde pflegen, nicht nur durch ihre Anwesenheit heute. Herr Pfarrer Michel lässt sich entschuldigen, dafür dürfen wir aber zum ersten Mal unseren hiesigen Pfarrer Rudolf Bauer herzlich begrüßen. Und dementsprechend sehen wir auch einen entlasteten Ailingen Pfarrer Manfred Schlichte, der in der pfarrerlosen Zeit doch – im wahrsten Sinne des Wortes – einiges mitmachen musste. Seien sie beide herzlich begrüßt und mit Ihnen unser lieber Pfarrer Wieland, der wegen einer Messe noch später kommt.

Die Kommunalpolitik ist wieder sehr zahlreich vertreten. Lassen sie mich nennen, stellvertretend:

- für den Kreistag Herr Dr. Beiter
- für den Gemeinderat Herr Johannes Brugger CDU
- Herr Karlheinz Mommerz SPD (Dr. Wolfgang Sigg)
- Herr Eberhard Ortlieb - Freie Wähler
- Herr Dr. Jochen Wiesener – Bürger Aktiv
- Frau Gerlinde Ames – Fgem Frauenliste/ÖDP/FDP
- für den Ortschaftsrat meinen Stellvertreter Bernhard Hager

und auch sehr herzlich alle ehemaligen Mitglieder dieser Gremien, die mit ihrem Hiersein die Verbundenheit zu unserer Ortschaft bezeugen. Ihnen allen ein herzliches Grüßgott !

Die beiden Rektoren in unserem Schulzentrum mit ihren Gattinnen begrüße ich ebenso herzlich. Lieber Herr Rektor Mau und Herr Rektor Kreuzer, für Sie dürfte diese Zeit ein besondere sein, schließlich kommt es im Leben eines Rektors nicht so oft vor, dass die eigene Schule erweitert und modernisiert wird. Vielen Dank, dass Sie gekommen sind.

Beide Teams unserer Kindergärten sind wieder bei unserem Neujahrsempfang da. Ihnen Frau Benda und Frau Lochmüller mit ihren Erzieherinnen deshalb ein Dank, dass sie sich die Zeit und verbleibenden Nerven nehmen, heute Abend hierzusein.

Die Volksbank ist hier mit Herrn Georg Enderle, die Sparkasse Bodensee mit Herrn Walter Jung, und wieder viele Vereinsvertreter, die Aktivposten unseres Gemeinwesens.

Vielleicht künftige Aktivposten, auf jeden Fall aber interessiert am heutigen Geschehen sind wieder viele Jugendliche, die wir eingeladen haben und die sich heute unter uns scharen. Das freut mich immer wieder besonders, weil es ein gutes Zeichen ist für eine lebendige Gemeinde. Danke, dass ihr gekommen seid!

Alle anderen, und es sind viele angesichts dieses vollen Saals, die ich nicht namentlich begrüßt habe, heiße ich deshalb pauschal, aber nicht weniger herzlich willkommen. Sie alle sind die Bürgerschaft, die wir brauchen, um auch dieses Jahr wieder erfolgreich zu gestalten, und ich bin deshalb froh, dass wir es in diesem Rahmen gemeinsam beginnen. Und wir alle werden auch dieses Jahr wieder begleitet von der Lokalpresse, die ich heute mit den Damen Angrit Döhmänn von der Schwäbischen Zeitung und Katy Cuko vom Südkurier namentlich nennen darf.

Herr Oberbürgermeister Büchelmeier, Herr Erster Bürgermeister Hornung, Herr MdL Müller und Herr MdL Zeller, meine Kollegen Ortsvorsteher Baumeister, Lehr und Hugger sowie Herr Polizeidirektor Wolfsturm und unserer früherer Pfarrer Nagl haben mich ausdrücklich gebeten, sich entschuldigen zu dürfen und Ihnen allen ihre herzlichen Grüße und Glückwünsche für das Neue Jahr auszurichten, was ich hiermit gerne mache.

Liebe Gäste, sehr geehrte Damen und Herren,

das Geschehen in einer Kommune darzustellen anlässlich des Neujahrsempfangs ist eine Pflichtaufgabe für den Bürgermeister oder Ortsvorsteher. Deshalb werde ich es auch heute nicht lassen können. Weil aber der Rückblick weit weniger spannend oder interessant ist, und ich davon ausgehe, dass Sie alle fleißige Leser der Ailingener Ortsnachrichten und der Ailingener Internetseite sind, werde ich mich damit begnügen, mich auf das Wesentliche zu beschränken und eine Sachstandsmitteilung machen.

Und dabei ist festzustellen: Wir investieren derzeit sehr viel in die Familie – im weitesten Sinne. Bildung – Freizeit – Betreuung – Pflege der Dorfgemeinschaft – das sind die Unterpunkte dieser Investitionen. Wenn man an die Erweiterung des Schulzentrums und die Modernisierung des Wellenbads denkt, so manifestiert sich diese Investition in Gebäuden, Bauten und Technik. Und in städtischen Geldern von zusammen 6,4 Mio. Euro.

4,5 Mio. € ist der Teil für das Schulzentrum, 1,5 Mio. € die Summe, die zunächst die TWF in das Wellenbad investiert und über 10 Jahre von der Stadt wieder zurückzahlen lässt. Die Stadt selbst an die 400.000 €. Der Erweiterungsbau des Schulzentrums wird am Ende dieses Monats baulich abgeschlossen sein und voraussichtlich Mitte März mit einer Einweihungsfeier der Schule offiziell übergeben.

Mit der Sanierung der Wellenbad-Technik durch die TWF wird nächste Woche begonnen. Parallel zum Bau eines kleinen Technikgebäudes schräg gegenüber dem TSG-Heim an der Leonie-Fürst-Straße ab nächster Woche durch die Stadt wird zunächst die alte Betriebs- und Heizungstechnik demontiert. Voraussichtlich im Februar wird dann mit den Montagearbeiten der neuen Wellenbadtechnik, also Motor, Heizung, Filter begonnen. Die Stadt und die TWF haben sich zum Ziel gesetzt, Ende April/Anfang Mai wieder den Badebetrieb gewährleisten zu können, ein paar Restarbeiten könnten dann im Laufe des Mai erledigt werden.

Wenn ich nun daran denke, dass mit dem mittlerweile anerkannten Bedarf an einer Sporthalle – und der Vormerkung im Städt. Finanzplan - nach derzeitigem Stand weitere 4-4,5 Mio. € bis 2010 hinzukommen, hätte die Stadt innerhalb von 6 Jahren über 11 Mio. € in diesem Bereich in unserer Ortschaft investiert. Auch wenn man diese Zahl in Relation setzen muss zu anderen Investitionen in Schulen, Sporthallen oder zentralen Einrichtungen in der Kernstadt – dies ist eine wirklich bemerkenswerte und beeindruckende Summe und kennzeichnend für die Leistungskraft der Stadt.

Wenn ich aber über die Projektgruppen der Zukunftswerkstatt Ailingen und Berg, die Aktivitäten der beiden Agenda-Gruppen Familie und Umwelt sowie unserer Senioren, die Kleinkindgruppen im Kindergarten Berg und im Musikraum der Rotach-Halle, den Bürgerprojekten beim Bolzplatz Berg, Kreisverkehr Berg oder Kapelle in Unterraderach, dem erneuten Prädikat eines „familienfreundlichen Ferienorts“ und dem Kinderferienprogramm, der Konzeption der TSG Ailingen für Bewegung und Gesundheit oder der Gründung einer Stiftung Aktion Gemeinsinn Ailingen denke, dann sehe ich, dass in Ailingen nicht nur in Infrastruktur, sondern auch in die Menschen investiert wird für die Menschen. Für ein lebenswertes, ein soziales, ein umwelt- und gesundheitsbewusstes Ailingen. Nicht ohne Grund dürfen wir auf unserer Ailingener Internetseite das Logo „Familienfreundliche Kommune“ führen.

Und das Wichtigste dabei ist: Diese Investitionen wurden von uns selbst getätigt. Gerade in 2006 fiel in besonderer Weise auf, wie aktiv hier unsere Gemeinde ist. Und wenn man dann noch bedenkt, was die Vereine und Dorfgemeinschaften selbst noch in diesem Bereich leisten, was in den beiden Kirchengemeinden gearbeitet und angeboten wird, was in Nachbarschaft und privaten Gruppen läuft, dürfen wir schon ein bisschen stolz sein und die Stadt gleich mit.

Derzeit laufen noch weitere Projekte an, die im Rahmen der Zukunftswerkstatt Ailingen geboren sind:

In 2 Wochen wird sich die Projektgruppe aus Lehrern, Schülern, Eltern, Anwohnern, der TSG Ailingen und der Ortsverwaltung treffen, um die Gestaltung des Schulhofs im Ailingen Schulzentrum zu verbessern und bedarfsgerechter zu machen, die Polizei wird übrigens beratend mitwirken. Weil die Geldmittel knapp sind, werden wir in Stufen vorgehen müssen. Aber weil Herr Erster Bürgermeister Hornung zugesichert hat, auch mit seinem Dezernat dieses Bürgerprojekt zu unterstützen, sind wir guter Dinge, dass wir in diesem Jahr schon vieles umsetzen können, was nun in den nächsten Wochen gemeinsam planerisch erarbeitet wird. Wer Interesse hat, darf gerne mitmachen und kann sich bei mir melden.

Am vergangenen Montag hat sich das Ailinger Gewerbeforum mit weiteren interessierten Betriebsinhabern mit Frau Prof. Kallfaß und Studentinnen von der FH Ravensburg-Weingarten getroffen, um die Umfrage bezüglich einer künftigen Kooperation der Ailinger Betriebe mit der hiesigen Hauptschule auszuwerten und die Möglichkeiten einer Unterstützung der Hauptschüler zur Entwicklung einer Ausbildungs- und Berufsreife und zur Vermittlung und Bereitstellung von Praktika bis hin zur Lehrstelle zu erörtern. Wir freuen uns auch sehr darüber, dass das Christliche Jugenddorfwerk Deutschland über ein Projekt des Landes Baden-Württemberg in dieser Dr.-Josef-Eberle-Schule eine „individuelle Lernbegleitung für benachteiligte Jugendliche zwischen Schule und Beruf“ initiiert und über 4 Jahre lang begleitet wird. Unsere Hauptschule ist damit eine von 3 Schulen im Bodenseekreis, die von diesem Angebot profitiert und selbst in den Unterricht integriert. Die Lernbegleitung soll auf ehrenamtlicher Basis erfolgen, und nach letztem Stand der Dinge haben sich schon 3 Personen im Ort bereit erklärt, einzelnen Hauptschülerinnen und –schülern bei ihrem Übergang von Schule in den Beruf beizustehen. Natürlich brauchen wir noch mehr, aber ein guter Anfang ist gemacht. Wir werden dieses Projekt auch nochmals in unseren Ortsnachrichten vorstellen.

Die Stadt weiß auch um diese Lebensqualität hier in Ailingen. Die Fortschreibung des Flächennutzungsplans, die Kindergartenbedarfsplanung und die Sportstätten-Entwicklungsplanung sehen die Festigung und Ausweitung des Infrastrukturangebots in unserer Ortschaft vor. Es ist vor diesem Hintergrund nur konsequent, weiterhin auf die Institutionen Ortschaftsrat, Ortsverwaltung und Ortsvorsteher zu setzen, um diese Planungen in die Tat umzusetzen und vor allem bedarfsgerecht auszugestalten.

Dass wir im vergangenen Jahr personelle Wechsel hatten, erwähne ich nicht nur der Vollständigkeit halber. Sowohl in der Feuerwehr wie auch im Ortschaftsrat fanden diese Wechsel statt. Auf den Kommandanten Bernhard Hager folgte der Kommandant Werner Späth und Stellvertreter Michael Fischer, im Ortschaftsrat kam auf Klemens Brugger Angelika Wahr in den Rat. In beiden Fällen verabschiedeten sich verdiente Bürger mit anerkanntem Einsatz und Bürgersinn, und in beiden Fällen rückten Personen nach, die beste Voraussetzungen für eben diese Eigenschaften mitbrachten.

Dass es mit der Unterhaltung der Verkehrswege in Ailingen nicht zum Besten bestellt ist, wissen wir alle. Dazu muss man aber wissen: Dies ist nicht nur in Ailingen so. Auch in der Stadt gibt es erheblichen Nachholbedarf. Und der Straßen- und Wegebau kostet Geld. Dass wir mit dem Weg zum Kappelhof und dem Radweg nach Raderach sowie der Brücke zur Messe knapp 150.000 € auf unserer Gemarkung verbaut haben, dürfte dies unterstreichen. Nicht nur in meiner Funktion als Vorsitzender des Verkehrsvereins ist es mir wichtig, das Wanderwegenetz Zug um Zug auf Vordermann zu bringen und ich hoffe dabei auch auf die Einsicht der Reiterschaft, dass zum Nutzen auch Pflichten gehören.

Der Ausblick auf das begonnene Jahr wird von Fertigstellungen gekennzeichnet sein:

- der des Erweiterungsbaus des Schulzentrums
- der der Sanierung des Wellenbads
- der des Bolzplatzes Berg
- der des Kreisverkehrs Berg
- der der Sanierung des Jugendtreffs – übrigens auch ein kleines Bürgerprojekt mit Jugendlichen unter der Leitung von Bernd Ammann

Die wichtigste Neumaßnahme wird der Kreisel in Unterraderach sein, der zusammen mit Umgestaltungen mit insgesamt 120.000 € veranschlagt ist und hoffentlich den Verkehr in erträgliche und die Fußgänger, insbesondere die vielen Kinder, in einigermaßen sichere Bahnen lenkt.

Ein wichtiges Anliegen ist dem Ortschaftsrat die Neuausweisung von Bauplätzen, um der folgernden Abwanderung von jungen Paaren und Familien Einhalt zu gebieten. Mit dem neuen Flächennutzungsplan ist der politische Wille manifestiert, diese Bauplätze zu schaffen. Es liegt nun an der Verwaltung, die Planungen voranzutreiben oder in Auftrag zu geben. Hier in Berg wird die Wiese unterhalb dieses Gemeindehauses wieder in den Blickpunkt rücken, desgleichen der bisherige Bolzplatz. Auch die Fläche von der Lohrstraße her wird in die Überlegungen einbezogen. Diese ganze Entwicklung muss jedoch in ihrer Gesamtheit betrachtet werden, da sie in das Dorf und sein Leben maßgeblich einwirken wird. Die örtliche Versorgung, die Gestaltung von öffentlichen Flächen, die Verkehrssituation und die Entwicklung von Kindergarten, Grundschule und Vereinsleben sind zu berücksichtigen. Dies alles sollte nach meiner Überzeugung zusammen mit den Bürgern diskutiert und beraten werden. Ortschaftsrat und meine Person werden hierzu zusammen mit dem Stadtplanungsamt die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Die Fläche des ehemaligen Bolzplatzes könnte relativ schnell verkauft werden, nämlich mit Fertigstellung des neuen Bolzplatzes.

Für den Kernort Ailingen wäre das Areal unterhalb des Reinachwegs eine sinnvolle und gut realisierbare Möglichkeit, familien- und dorfgerichte Bauplätze auszuweisen. Der Flächennutzungsplan sieht dies auch so vor. Allerdings muss noch der Grunderwerb getätigt werden, die Grundstücke sind noch in Privatbesitz. Wir hoffen, hier zu einer baldigen Einigung mit den Eigentümern zu kommen.

Mit der Diskussion um die Aufgaben und Personalausstattung in den Ortsverwaltungen und die wieder entflammte Debatte um die Abschaffung der Unechten Teilortswahl sind wieder Dinge in Gang gekommen, die ganz bestimmt nicht unter Stärkung der Ortschaften subsumiert werden können.

Unser Innenminister Wolfgang Schäuble hat in einem Aufsatz für den Föderalismus in Deutschland plädiert. Ich zitiere: „Der Föderalismus stärkt das Gefühl von Orientierung und Zugehörigkeit bei den Menschen. Gerade in Zeiten, in denen wir nicht nur vielfältige Herausforderungen und Probleme haben, sondern in denen sich alles viel schneller ändert und wir die Grenzenlosigkeit der Globalisierung in vielerlei Hinsicht vom Arbeitsmarkt über die Terrorismusgefahr bis hin zur Migration erleben, wächst das Bedürfnis nach Nähe und Vertrautheit. Das richtig zu balancieren, geht besser mit Dezentralisierung und Subsidiarität, also Föderalismus“.

Die Ortschaften nehmen für sich in Anspruch, ein Teil des föderalen Systems der Stadt vor 35 Jahren geworden zu sein und auch heute noch zu sein. Sie sind ein Teil der Stadt Friedrichshafen und darin eingebunden. Das ist eine Selbstverständlichkeit und müsste daher nicht extra betont und gesagt werden. Ailingen hat die Eingemeindungsvereinbarung eben auch unter-

schrieben. Und die Grundlage für dieses Miteinander zwischen Ortschaft und Stadt ist diese Eingemeindungsvereinbarung. Auf dieser Basis haben die Gemeinde Ailingen und seine Bürgerschaft der Aufgabe der Selbständigkeit zugestimmt und sich dafür weitergehende Infrastrukturmaßnahmen und Zuständigkeiten zusichern lassen.

Wenn nun, wie es immer wieder vorkommt, Stadtpolitiker und auch Teile aus der Verwaltung, die Meinung äußern, nach 35 Jahren müsse man diese Eingemeindungsvereinbarung oder einzelne Regelungen zur Disposition stellen dürfen, muss man deutlich sagen: Diese Meinungen sind unerheblich und im Widerspruch zur Rechtsprechung.

Das Verwaltungsgericht Freiburg hat in seinem Urteil vom 2. Februar 2005 im Zusammenhang mit einer Angelegenheit der Stadt Todtnau bezüglich der Feuerwehr klargestellt, dass entgegen der Auffassung dieser Stadt auch im Falle einer vor 31 Jahren geschlossenen Eingemeindungsvereinbarung die Frage, ob die Beteiligten nach wie vor an eine Regelung des Vertrags gebunden sind, den Gerichten obliegt und nicht den betroffenen Gemeinden. Die Eingemeindungsvereinbarung sei ein öffentlich-rechtlicher Vertrag im Sinne des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes. Änderungen hätten sich an die gesetzlichen Regelungen zu halten und nicht an politischen Meinungen.

Die Kammer führt weiter aus:

„Die Kammer verkennt nicht das legitime Anliegen der Stadt, aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Effizienz ihre Feuerwehr umzustrukturieren. So sinnvoll und nachvollziehbar die entsprechenden Überlegungen auch sein mögen, beruhen sie nicht auf einer wesentlichen Änderung der bei Vertragsschluss maßgeblichen Umstände, sondern liegen im Rahmen der bei Vertragsschluss bewusst übernommenen Risiken. Ihrem Anliegen kann die Stadt daher nicht eigenmächtig, sondern nur im Einvernehmen mit der ehemaligen Gemeinde Gschwend nachkommen, da geschlossene Verträge grundsätzlich einzuhalten sind („pacta sunt servanda“) Zitat Ende.

Auch die Ortschaften haben sich nie solchen sinnvollen und nachvollziehbaren Überlegungen der Stadt verschlossen. Die Eingemeindungsvereinbarungen sind nicht in Stein gemeißelt. Wer sich einmal die Mühe macht und ihren Inhalt mit den heutigen Verhältnissen vergleicht, wird feststellen, dass mittlerweile einiges fortgeschrieben wurde. Veränderungen sind eben auch Chancen für Stadt und Ortschaft.

Gerade in der Diskussion um die Unechte Teilortswahl geht es aber um ein anderes: Wenn man bei diesen Regelungen Vertragspartner ist, sollte man auch so miteinander umgehen. Selbst wenn im Gesetz die Möglichkeit besteht, die Unechte Teilortswahl gegen den Willen eines Ortschaftsrats abzuschaffen, so ist dies eben nur eine gesetzlich eröffnete Möglichkeit. Der Geist des Vertrags setzt voraus, dass man Änderungen im Dialog regelt.

Die beantragenden Fraktionen haben sich offenkundig dazu entschlossen, nicht in den Dialog mit den Ortschaftsräten einzutreten. Dies ist ein merkwürdiges Signal und nicht unbedingt eine vertrauensbildende Maßnahme, wie sie gerade jetzt notwendig wäre.

Für das künftige Klima zwischen Ortschaften und den jeweiligen politischen Vertretungen ist es ein Gebot der Stunde, eine Konsens- statt eine Konfrontationspolitik - zu betreiben. Ich meine dabei ausdrücklich nicht die Vertreter der SPD-Fraktion, die in ihrem Antrag eine verlässlichere Budgetierung für die Ortschaften vorgeschlagen haben und so auf sie zugekommen sind. Ich beziehe mich auf diejenigen Vertreter, die sich nicht mit den Ortschaftsräten unterhalten wollen und den Dialog ablehnen. Ihnen möchte ich ans Herz legen, auf den von Oberbürgermeister Büchelmeier und dem Städtetag-Referenten Brugger vorgeschlagenen

Prozess einer gemeinsamen Erörterung und Lösungsfindung einzugehen und an den Tisch zu sitzen, der ihnen bereitgehalten wird. Es muss ein Weg gefunden werden, wie der ländliche Gürtel von Friedrichshafen, den die Ortschaften bilden und der im Flächennutzungsplan anschaulich deutlich wird, nach wie vor im Stadtparlament vertreten ist in einer Form, die den Beratungen sowohl in den Fraktionen wie auch im Gremium selbst gut tut. Gerade, wenn man sich vergegenwärtigt, was passieren könnte, wenn sich der Stadtrat entschließt, seine Sitzanzahl auf 32 zu reduzieren, wird die Ernsthaftigkeit des Anliegens der Ortschaften deutlich.

Und auch dieses möchte ich deutlich machen:

Dieser Prozess würde auch eine Entscheidungsoffenheit der Ortschaften bedingen. Wir in Ailingen üben grundsätzlich den Schulterchluss mit den anderen Ortschaften, weil es hier um etwas Grundsätzliches und Maßgebliches im Verhältnis zwischen Ortschaft und Stadt geht. Wir stellen uns insbesondere gegen das von diesen Fraktionen vorgesehene Verfahren. Wir sehen in diesem Prozess aber auch Chancen – eben für die Ortschaft. Wir sehen die Chance, in diesem Prozess unsere Stärken stärken zu können. Wir sehen die Möglichkeit, dem Ortschaftsrat stärker die Möglichkeit zu geben, das Gemeinwesen des Dorfes zu gestalten und mit Weitsicht zu versehen. Wir sehen die Möglichkeit, die Nutzung und die Unterhaltung der öffentlichen Einrichtungen in der Ortschaft selbst zu bestimmen und dies im engen Kontakt mit den Vereinen, Schulen und Kirchengemeinden zu tun.

Dies bedeutet ausdrücklich nicht, dass wir mehr Geld einfordern, sondern nur eine andere Verteilung der Gelder und dies auch nicht zu Lasten der anderen Stadtteile. Und natürlich setzen wir uns nicht über städtische Richtlinien im Sinne einer gesamtstädtischen Handhabung hinweg. Natürlich müssen wir auf die Finanzlage der Stadt Rücksicht nehmen. Wir möchten das Instrument der Budgetierung nutzen, um auch einmal Kürzungen verkraften zu können. Wir möchten auch die Verwaltung bewegen, einmal loslassen zu können und dem Verantwortungsbewusstsein des Ortschaftsrats und der Ortsverwaltung zu vertrauen.

Die Umsetzung der vom Ailinger Ortschaftsrat geforderten Budgetierung kommt mittlerweile in das 5.Jahr. Es waren schon dicke Bretter, die man dort bohren musste. Das Budget für die „Pflege der Dorfgemeinschaft“ ist seit letztem Jahr eingerichtet und mit anderen Budgets ein sog. Deckungskreis gebildet. Das hat noch Stadtkämmerer Weißhaupt in seinem letzten Dienstjahr umgesetzt. Die Budgets des Hochbaus und Tiefbaus stehen noch aus. Wir müssen den betroffenen Ämtern noch die letzten Ängste nehmen, dass wir das leisten können, was wir wollen. Und dies auf Papier festhalten.

Hier sind wir auf der Zielgeraden. Und überhaupt darf ich festhalten, dass die Gespräche mit dem Technischen Dezernat und insbesondere dem Stadtbauamt sehr konstruktiv, zielführend und damit angenehm waren.

Ich hoffe, dass dies sich auch in der weiteren Ausgestaltung des Gebäudemanagements fortsetzt. Es darf nicht dazu führen, dass die Vereine ihre bisherige Unterstützung bei der Gebäudeunterhaltung nicht mehr leisten dürfen, nur weil nun ein anderes Amt oder eine Firma zuständig ist und das Ganze damit mehr kostet, als die Umorganisation wert ist. Die Initiative des Vereinszirkels bezüglich der Rotach-Hallen-Reinigung, die des Liederkranzes bei der Neugestaltung des Musiksaals und der Narrenzunft und des Musikvereins Berg bei der Herichtung der Außenanlagen hat gezeigt, dass die Ortschaft kann, wenn sie nur darf, und dies übrigens angesichts der Fachleute in den Vereinen sehr gut.

Bei all diesen Diskussionen sollte man darauf achten, dass nicht die Stadtteile gegeneinander ausgespielt werden. Ein Mangel in einem Stadtteil darf nicht dazu führen, die besseren Verhältnisse in einem anderen Stadtteil zu kritisieren. Eher sollten die anderen Stadtteile gestärkt

und die Ursache für den Mangel gesucht werden. Hier bedarf es einer Betrachtung, was in den anderen Stadtteilen verbessert werden könnte von der Unterhaltung öffentlicher Einrichtungen und Anlagen bis hin zu einer besseren Bürgerbeteiligung in einer Form, die den Bedürfnissen dieses Stadtteils angemessen ist. Die Möglichkeiten, die Bürgerschaften in diesen Stadtquartieren in das politische Leben der Stadt einzubinden, sie mit Informationen zu versorgen oder ihnen einen Vertreter oder Ansprechpartner zur Seite zu stellen, sind äußerst vielfältig und in der Praxis erprobt. Natürlich ist dies für Verwaltung und Politik ein zusätzlicher Aufwand.

Aber welchen Auftrag haben wir denn? Und wer hat uns beauftragt?

Einer aktuellen ARD-Umfrage zufolge sind nur ca. 55% der Bundesbürger mit unseren demokratischen Strukturen zufrieden. Zum Vergleich: Dänemark hat eine Zufriedenheit von 93%. Die deutsche Politik muss dringend vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen. Das gilt in der Bundespolitik wie auch in der Stadtpolitik. Wenn wir unsere Wahlbeteiligungen bei der Kommunalwahl anschauen, kann man nur betroffen werden. Und wenn man die Beteiligung der Bürgerschaft bei der Informationsveranstaltung über die Unechte Teilortswahl sieht, wenn man die anwesenden Stadt- und Ortschaftsräte abzieht, wird man noch betroffener.

Liebe Gäste ,

Wenn wir aber über unseren Tellerrand hinausschauen, stehen wir vor noch größeren Herausforderungen. Wie schaffen wir es, in Deutschland wieder ein Klima entstehen zu lassen, das Kinder und Familie als das höchste Gut darstellt und nicht Wohlstand, Freiheit und Geschwindigkeit. Wie schaffen wir es, dass Eigenverantwortung, Kooperationsbereitschaft und Weitblick das gesellschaftliche Handeln bestimmen und nicht Gewinnmaximierung und persönlicher Profit. Den Umfragen nach sind diese Wünsche und Lebensvorstellungen ja bei den jungen Menschen da, nur an der Umsetzung hapert es.

Beim letzten Neujahrsempfang hat in beeindruckender Weise der Leiter des Büros für Zukunftsfragen des Landes Vorarlberg, Herr Dr. Hellrigl, über die Wichtigkeit des Sozialkapitals referiert, über das vertrauensvolle Miteinander, das unsere Lebensqualität und unseren Wohlstand sichert. Wie zu seiner Bestätigung hat die große Umfrage „Perspektive Deutschland“ im vergangenen Jahr gezeigt, dass die Region Bodensee-Oberschwaben sowohl beim Ehrenamt und dem lebendigen Vereinsleben wie auch bei der Lebensqualität einen Spitzenplatz einnimmt.

Nur sinkt in der gleichen Umfrage der in Zukunft erwartete Zufriedenheitswert gegenüber dem jetzigen Zustand von 84% auf 48% ab, die Region verliert den ersten Platz und nimmt nur noch den 7. Platz ein.

An was mag das liegen?

Man mag zu Umfragen, Statistiken und Gutachten stehen wie man will. Sie kennen ja den Spruch, „dass man nur der Statistik glauben sollte, die man selber gemacht hat“. Und am vergangenen Dienstag musste ich schmunzeln, wie gewaltig man 4,5% darstellen kann.

Um die eigene Wertung solcher Zahlen wird man deshalb nicht umhinkommen. Aber dass sie erhoben werden, kann in manchen Bereichen äußerst nützlich sein. Gerade bei schleichenden Entwicklungen.

Ich komme zum heutigen Referat und dem Referenten Herrn Erich Stutzer:

Herr Erich Stutzer, studierter Volkswirtschaftler und Soziologe an den Universitäten Frankfurt und Saarbrücken, leitet heute nach wissenschaftlichen Tätigkeiten im Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg die Familienforschung Baden-Württemberg.

Seit 1993 unterrichtet er das Fach Volkswirtschaftslehre an der Verwaltungsfachhochschule Ludwigsburg. Zuvor war er Dozent im gleichen Fach an der VerwaltungsfH Frankfurt und an der Berufsakademie in Stuttgart.

Von 1988 bis 1994 arbeitete er als Mitglied im European Observatory on National Family Policies bei der Kommission der Europäischen Union mit und ist seit 1997 im Vorstand des Landesfamilienrats Baden-Württemberg. Seit Februar 2006 berät er die Ministerin für Arbeit und Soziales, Fr. Dr. Stolz, bei der Umsetzung des „Kinderlandes Baden-Württemberg“.

Sehr geehrter Herr Stutzer, gestern kam im Fernsehen ein Bericht über das Generationenproblem im China. Die dortige Ein-Kinderpolitik wird in absehbarer Zeit diesem riesigen Land ein ebensolches Problem beschere. Auch ist China überhaupt nicht auf die große Zahl an Seniorinnen und Senioren vorbereitet, es fehlt hier an allen Ecken und Enden an einer Pflege- und Betreuungsinfrastruktur. Der Kommentator bemerkte dazu: Bei den Deutschen kommt das Problem, nach dem das Land reich geworden ist. In China kommt es, bevor es reich geworden ist.

Ein solches Problem kommt nie zur rechten Zeit. Lieber Herr Stutzer, sie werden uns nun erklären, warum. Wir freuen uns auf Ihren Vortrag.